

Wem dient der Raum?

Einen Systemwechsel für die Bewirtschaftung der Schulgebäude erstreben Finanzsenator Tschentscher und Schulsenator Rabe

Im gültigen Musterflächenprogramm der BSB vom Oktober 2011 findet sich auf Seite eins eine klare Zielbestimmung für die zukünftige Raumnutzung in Schulen: „Das neue Musterflächenprogramm soll den baulichen Rahmen für Lehr- und Lernbedingungen definieren und zugleich den wirtschaftlichen Umgang mit der Ressource Schulraum sicherstellen.“ Bei der wirtschaftlichen Nutzung der Ressource Raum lassen sich sehr grob zwei unterschiedliche Richtungen beschreiben:

- ◆ Bedarfsorientierung
- ◆ Marktorientierung

Schaut man sich die Pläne der beiden Senatoren an, wird klar, dass sich der Schulbau in Hamburg deutlich in Richtung Marktorientierung bewegt.

Im ersten Modell geht man von einem gesellschaftlich notwendigen Bedarf von Schulräumen aus, die erforderlich sind, damit eine gegebene Anzahl von Schülerinnen und Schülern ein möglichst hohes Bildungsniveau erreicht. Dem Staat kommt dabei die Aufgabe zu, die für diese Zielbestimmung erforderlichen Geldmittel (z.B. durch direkte u. indirekte Steuern) zur Verfügung zu stellen.

Im zweiten Modell ist der zur Verfügung gestellte Raum möglichst knapp zu halten. Dazu gibt es laut Hamburger Abendblatt vom 19.04.2012 bereits eine eindeutige Vorgabe der beiden Senatoren: Nach deren Berechnungen besitzen Hamburger Schulen einen Überhang an Räumen.

Zurzeit stehen durchschnittlich pro Schüler(in) 16 Quadratmeter Raumfläche zur Verfügung. Diese soll für SchülerInnen der Primarstufe auf 13 Quadratmeter und für SekundarschülerInnen auf 11 Quadratmeter reduziert werden. Dies entspricht einer Kürzung von 25%. Die Umsetzung dieser Kürzungspläne soll mit Hilfe der Einführung eines Mieter-Vermieter-Modells auf der Grundlage von Mietpreisen geschehen: Dabei wird die BSB Mieter und der Vermieter „splittet“ sich in zwei (derzeit noch) öffentliche Unternehmen auf: Schulbau Hamburg/Vermögens (SBH/V) und Schulbau Hamburg Dienstleistung (SBH/D).

Zur Effizienzsteigerung für

den Vermieter soll es zukünftig dadurch kommen, dass die bisher abgerechnete „Globalmiete“ auf eine „objektbezogene Miete“ umgestellt wird (Senatorenpapier vom 10.4.2012, S.1). Dies bedeutet wiederum, dass die BSB für jede Einzelschule „standardisierte Kostenmieten je Schulstandort“ (ebd. S.4 und 6) zu entrichten hat. Die Höhe der Raumkosten pro Schulstandort nähern sich schrittweise der ortsüblichen Vergleichsmiete (vgl. ebd. S.6) an. Zukünftig soll der „Kapitaldienst“ für fremdfinanzierte Instandhaltung und Schulneubauinvestitionen „über die Mietzahlungen ausgeglichen werden“ (ebd. S4).

In diesem Zusammenhang muss man davon ausgehen, dass im Fall einer Kreditzinssteigerung auf dem Kapitalmarkt die Kapitalkosten für neu aufzunehmendes Fremdkapital steigen. Da gemäß der beiden Senatoren nur so viel Fremdkapital neu aufgenommen werden darf, dass die Mieteinnahmen auch die zusätzlichen Kapitalkosten decken, muss zwangsläufig eine Erhöhung der Kapitalkosten für Fremdkapital zur Reduzierung



Nicht schön, aber nötig: Neue Lernformen brauchen Raum (Gyula Trebitsch Schule Tonndorf)

Foto: Stefan Gierlich

des Investitionsvolumens (also weiterer zeitlicher Streckung des Schulbaus) führen oder es kommt zu Mieterhöhungen, die die BSB an anderer Stelle ihres Haushalts wieder kürzen muss.

Da der Nutzer die Aufwendungen für Miete gering halten möchte, ist es für ihn wirtschaftlich, die Räume möglichst den ganzen Tag zu nutzen, um den Raumbedarf z.B. an Fachräumen zu senken und etwaige freie Räume gegen Entgelt (wie bereits im Berufsbildenden Bereich) zu vermieten. Sind die Raumkapazitäten aus der Sicht des Eigentümers (Schulbau Hamburg Vermögen) viel zu hoch, so kann die Renditesituation des Unternehmens Schulbau Hamburg dadurch verbessert werden, wenn ein Teil der Gebäude verkauft wird.

Im ersten – bedarfsorientierten – Modell ist die Schule ein Betrieb, der ausschließlich für die Erreichung eines möglichst hohen gesellschaftlich definierten Bildungsniveaus agiert.

Im zweiten – marktorientierten – Modell ist die Schule ein Betrieb, der mehrere konkurrierende Ziele verfolgt. Auch deswegen sind in Zukunft „Budgets je Schulstandort erforderlich, die Mieten, Personal- und Sachkosten beinhalten“ (ebd. S.6).

Diese Schule ist nicht primär dem Gemeinwohl verpflichtet, sondern u.a. den Kreditgebern (Banken) für das Instandhaltungs- und Sanierungsprogramm. Dieser Kreditgeber handelt wiederum für seine Anteilseigner dann rational, wenn der Gewinn (Zinsdifferenz zwischen eigenen und fremden Krediten) möglichst groß ist. Aus Sicht der Bauinvestoren (SBH/Dienstleistung) lohnt sich die Sachinvestition, wenn die „neuen“ Räume in der Unterrichtszeit möglichst zu 100% ausgelastet sind. So realisiert der Investor die maximal möglichen Mieteinnahmen (Effizienzsteigerung).

Der Schulbau, der unter das Primat der – wenn auch zunächst staatlichen – Rendite gestellt wird, muss sich zwangsläufig (wegen Machtverhältnissen, ökonomischen Interessen der Anteilseigner) dem gerade beschriebenen ökonomischen Kalkül beugen. Als nachrangig werden in diesem Modell alle pädagogischen Ziele betrachtet, die der Chancengleichheit ver-

pflichtet sind.

Deswegen fordern wir:

- ♦ Raumbedarfsermittlung nach pädagogischen Erfordernissen, nicht nach kurzfristig-ökonomischem Kalkül!
- ♦ Für den vollen Erhalt der Raumkapazitäten an Hamburger Schulen!

THOMAS JAKOBS
GEW-Vertrauensmann STS-Horn

Wenn der Schulflur zur Kantine wird

ENGE Aktionstag an der Stadtteilschule Blankenese: Lehrer und Schüler klagen über Raumnot

Mit einem Aktionstag haben Lehrer, Eltern und Schüler der Stadtteilschule Blankenese gestern auf die Raumnot in ihrer Schule aufmerksam gemacht. Die Ursachen für die missliche Situation seien höhere Schülerzahlen und kleinere Klassen, das stärker individualisierte Lernen, die geforderte Inklusion lernbenachteiligter Kinder und die Verpflichtung, als zukünftige Ganztagschule für ausreichende Ernährungsangebote zu sorgen.

Dazu mussten mehrere Pavillons mit Schimmel an den Wänden zeitweilig geschlossen werden. Die Folge: akute Raumnot, zu wenig Arbeitsplätze für Schüler, Unterricht auf den Gängen und die Einnahme des Mittagessens auf dem Boden des Schulflurs. „Seit Jahren werden uns Erweiterungsbauten versprochen, doch alle Zusagen wurden im-

mer wieder gecancelt“, klagt der Elternratsvorsitzende Norbert Baar.

„Wir leben hier seit Jahren mit einem Dauerprovisorium“, sagt die Lehrerin Elisabeth Esslinger. Moderne Unterrichtsmethoden ließen sich bei der gegenwärtigen Raumnot nicht durchsetzen. Bei einer Befragung durch die Schulbehörde kam heraus, dass weit mehr als 90 Prozent der Lehrerinnen der Schule unter der Raumnot leiden. An der Stadtteilschule unterrichten 110 Lehrer 1.250 Schüler.

Für den Hamburger GEW-Chef Klaus Bullan sind die Blankeneser Raumnot kein Einzelfall. In rund 50 bis 60 Schulen sei die räumliche Situation „katastrophal“, zudem gebe es einen „Instandsetzungstau“, so dass nur für den Substanzerhalt viele Millionen Euro nötig seien.

Ohne eine weitere Kreditaufnahme der Stadt sei eine Beseitigung der größten Mängel nicht möglich, sagt Bullan. Der vom Senat angekündigte Tritt auf die Schuldenbremse wäre damit allerdings seinerseits ausgebremst. **MAC**

„In 50 bis 60 Schulen ist die räumliche Situation katastrophal“

KLAUS BULLAN, GEW

Raumbedarf wird hörbar

(aus: taz 4.4.2012)